



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 23. Juni 2014
(OR. en)**

11022/14

**COASI 70
ASIE 33
POLGEN 100
RELEX 505
COHOM 105
PESC 624**

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Nr. Vordok.:	11021/14
Betr.:	Schlussfolgerungen des Rates zu Thailand

Der Rat hat auf seiner Tagung vom 23. Juni 2014 die in der Anlage enthaltenen Schlussfolgerungen des Rates angenommen.

Schlussfolgerungen des Rates zu Thailand

1. Zwischen der Europäischen Union und Thailand bestehen starke langjährige Bindungen, angefangen von den Bereichen Handel, Tourismus, Investitionen und Kultur bis hin zu Kontakten zwischen den Menschen.
2. Der Rat hat daher mit äußerster Sorge die jüngsten Entwicklungen in Thailand verfolgt. Er hat die Militärführung aufgerufen, den rechtmäßigen demokratischen Prozess und die Verfassung durch glaubwürdige und alle Seiten einbeziehende Wahlen dringend wiederherzustellen. Der Rat hat außerdem alle Parteien aufgerufen, größte Zurückhaltung zu üben. Die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten muss weiterhin gewährleistet sein. Der Rat hat darüber hinaus die Militärführung aufgerufen, alle politischen Häftlinge freizulassen, von weiteren politisch motivierten Festnahmen abzusehen und die Zensur aufzuheben.
3. Die jüngsten Ankündigungen des Militärs lassen einen glaubwürdigen Fahrplan für eine aufgrund der Situation gebotene Rückkehr zur Verfassungsordnung vermissen. Eine Rückkehr zu uneingeschränkt funktionierenden demokratischen Institutionen ist erforderlich, damit der Schutz und das Wohlergehen aller Bürger gewährleistet werden.
4. Die EU ist vor diesem Hintergrund gezwungen, ihr Engagement zu überprüfen. Offizielle Besuche nach Thailand und aus Thailand sind ausgesetzt worden; die EU und ihre Mitgliedstaaten werden das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Thailand nicht unterzeichnen, solange keine demokratisch gewählte Regierung eingesetzt ist. Andere Abkommen werden unter Umständen ebenfalls betroffen sein. Die Mitgliedstaaten der EU haben bereits begonnen, ihre militärische Zusammenarbeit mit Thailand zu überprüfen.
5. Nur ein baldiger und glaubhafter Fahrplan für eine Rückkehr zur Verfassungsordnung und die Abhaltung glaubhafter und alle Seiten einbeziehender Wahlen werden es der EU erlauben, ihre Unterstützung fortzusetzen. Der Rat hat beschlossen, dass die EU ihre Beziehungen zu Thailand weiter auf den Prüfstand stellen und je nach den Umständen etwaige weitere Maßnahmen in Erwägung ziehen wird.